

Kleine Anfrage 556

des Abgeordneten Péter Vida
BVB /FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Zechlinerhütte erreichbar machen Nachfrage zur Kleinen Anfrage 289

In der Kleinen Anfrage 289 (Existenzgefährdende Straßensperrung in Zechlinerhütte) wurde die Frage problematisiert, warum zwei Baumaßnahmen an der B122 nicht gleichzeitig sondern nacheinander stattfinden, wodurch der Rheinsberger Ortsteil Zechlinerhütte über einen erheblichen Zeitraum vom Verkehr abgeschnitten wird. In ihrer Antwort (Drucksache 6/913) hat die Landesregierung die Frage dahingehend beantwortet, dass eine gleichzeitige Durchführung der Baumaßnahmen nicht mehr realisierbar sei, man aber die Einschränkungen für Besucher und Anwohner möglichst gering halten werde.

Inzwischen wurde die Baustelle eingerichtet. In der Kernstadt Rheinsberg wurden Beschilderungen angebracht, die eine Durchfahrt nach Zechlinerhütte verbieten. Es entsteht für Besucher der Eindruck, dass die Straße zum Ortsteil komplett gesperrt und nicht passierbar sei. Tatsächlich aber ist der Ortsteil einspurig passierbar, verschiedene Naherholungs- und Tourismusgewerbe liegen sogar komplett vor der Baustelle, sodass sie ohne Komplikationen erreichbar wären. Besucher fahren diese aber nicht an, weil sie im Ortskern von Rheinsberg aufgrund der Beschilderung davon abgehalten werden. Nach der Beschwerde zahlreicher Gewerbetreibender wurde nunmehr am letzten (!) Warnschild ein kaum erkennbares Ergänzungsschild angebracht, welches Besuchern signalisieren soll, dass einige Einrichtungen doch erreichbar sind. Dieses Schild folgt aber nach zahlreichen Schildern, welche eine vollumfängliche Sperrung anzeigen, sodass die spätere "Korrektur" nicht wahrgenommen wird.

Dies bedeutet, dass Besucher und Gewerbetreibende eine Einschränkung erfahren, die erkennbar weit über das angekündigte, notwendige Maß hinausgeht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was unternimmt die Landesregierung, um die Einschränkung von Besuchern und Gewerbetreibenden in Zechlinerhütte tatsächlich auf ein Mindestmaß zu beschränken?

2. Was tut die Landesregierung für eine sachgemäße Beschilderung?
3. Welche Gespräche wurden/werden mit den betroffenen Gewerbetreibenden geführt?

